

***Stadtpolitik im Zeichen  
der europäischen Integration***

**Rede Oberbürgermeister Stephan Weil  
auf dem 4. Hannoveraner Europatag  
Neues Rathaus Hannover 30.1.2007**

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Ich freue mich, dass heute eine inhaltlich so anspruchsvolle und auch gut besuchte Veranstaltung zu Themen der europäischen Politik im Rathaus stattfindet.

Für die Stadt ist *Europa* nicht nur während der deutschen Ratspräsidentschaft ein wichtiges Arbeitsfeld.

Wir engagieren uns seit einigen Jahren in der kommunalen Europaarbeit.

Die Landeshauptstadt beteiligt sich in unterschiedlichen internationalen Netzwerkprojekten. Wir tauschen unser Wissen mit anderen europäischen Städten aus.

Die EU-Kommission unterstützt diese Aktivitäten:

An rund einem Dutzend Projekten hat die Landeshauptstadt in den vergangenen Jahren beteiligt. Ein Teil davon im Rahmen der europäischen Programme für Forschung und Entwicklung.

Dabei beschränken wir uns nicht auf Europa.

So wurde gerade ein Projekt in Hanoi abgeschlossen.

Dort haben wir gemeinsam mit der Stadt Wien und

der Region Brüssel die vietnamesische Hauptstadt in der Stadtplanung und bei Projekten des öffentlichen Nahverkehrs unterstützt.

Mit der *chinesischen Provinzverwaltung in Changde* tauschen wir unser Wissen im Bereich der Abwasserbehandlung aus.

Die europäische Integration - aber auch die Globalisierung der Märkte – diese politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen verändern auch die Arbeit einer Stadtverwaltung.

Auch Städte müssen sich international ausrichten.

Hannover erfüllt diese Forderung.

Nicht nur im Rahmen der Europaarbeit, aber insbesondere auch dort.

Wir engagieren uns auch in einem zweiten Feld der kommunalen Europaarbeit:

Wir nennen es: *Werben für die europäische Idee.*

So suchen wir im Rahmen unserer Reihe Hannover in Europa den Kontakt zu den rund 20.000 nichtdeutschen Unionsbürgern.

Mit ihnen wollen wir eine besondere Gemeinschaft in unserer Stadt bilden.

Mit Erfolg - wie zu letzt der große Andrang beim

*Jour de France* gezeigt hat.

Unsere Europaabteilung ist Partner im  
*Jean Monnet European Center of Excellence*,  
einem fachübergreifenden Zentrum für Europastudien.

Ich will nicht alle städtischen Europa-Aktivitäten aufzählen,  
sondern nur anmerken:

Wir haben uns natürlich ein wenig umgeschaut, wie es mit dem  
Europaengagement anderer Städte aussieht.

Mit aller gebotener Bescheidenheit können wir feststellen:

Viele Städte, die *in Europa* aktiver sind als Hannover werden Sie  
nicht finden.

Anrede

Ich denke allerdings, die europäische Einigungspolitik hat auch  
die Unterstützung der lokalen Ebene bitter nötig.

Leider sieht die Praxis in Europa ganz anders aus, als die  
Darstellung auf dem Bild von Ferdinand Hodler.

Vermutlich träumt EU-Kommissionspräsident Barroso von so  
einer einmütigen Willenerklärung der 27 Mitgliedsstaaten.

Anrede

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat die Bedeutung der Städte mit dem Satz beschrieben:

*"Ohne Städte ist kein Staat zu machen".*

Ich denke:

*„Ohne Städte ist auch Europa nicht zu machen“*

Ohne *good local Governance* – wie es im EU-Jargon heißt ,  
- ohne kluge Stadtpolitik - werden sich viele drängende Probleme in den einzelnen EU-Staaten nicht lösen lassen.

Und zu den drängenden Problemen zählt zweifelsfrei die Stagnation in der europäischen Integrationspolitik.

Natürlich bin ich nicht so vermessen und glaube, dass der europäische Einigungsprozess durch die Kommunalpolitik aus der Krise geführt werden kann.

Allerdings können, ja vielleicht müssen Städte ihren Beitrag leisten.

Zum Beispiel durch europaweite Zusammenarbeit von Städten.  
Und dies nicht als Anhängsel ihrer nationalen Regierungen, sondern als eigenständige politische Ebene.

Ich haben Ihnen eingangs einige Beispiele aus unserer internationalen Kooperationsarbeit genannt.

Anrede

Der zweite kommunale Europaaspekt ist das „Werben für die europäische Idee“.

Die lokale Ebene bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

Die Europäische Einigung lebt ja mit dem Image, ein Projekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten zu sein.

Städte können ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern nutzen, um die Vorteile der europäischen Einigung zu verdeutlichen.

Dafür wäre es allerdings hilfreich, wenn sich ab und an in Brüssel, Straßburg und den europäischen Gipfeltreffen der Politikstil ändern würde.

Es gibt das schöne Zitat vom französischen Philosophen Montesquieu:

*Wer regieren will, darf die Menschen nicht vor sich her treiben.  
Man muss die Menschen dazu bringen, dass sie einem folgen.*

In der Europapolitik lief dies in der Vergangenheit oft anders. Es wurden Fakten geschaffen. Hinterher machte man sich an die Arbeit, die Bevölkerung von der Richtigkeit der Entscheidungen zu überzeugen.

Diese Strategie geht nicht immer auf, wie wir – schmerzlich – z.B. in Frankreich und den Niederlanden bei den Referenden über die Verfassung erfahren mussten.

Anrede

Zudem ist eine neue Situation in der Europadebatte entstanden. Die Europabefürworter waren bisher darauf eingestellt, die europäische Integrationspolitik gegen nationale oder gar nationalistische Vorbehalte zu verteidigen.

Also gegen die "Gestrigen", die die zurück wollen in ihr altes nationales Gefüge.

Bei der Verfassungsdebatte haben wir allerdings deutlich gespürt, dass sich eine neue Richtung von EU-Kritik bemerkbar macht.

Eine Kritik, die von oft von jungen Menschen vorgetragen wird. Also von einer Generation, für die Frieden in Mitteleuropa eine Selbstverständlichkeit ist.

Eine Generation, die Europa nicht mehr aus der Nachkriegsperspektive betrachtet.

Diese Generation verkürzt das gemeinsame Europa oft auf die Realität einer Freihandelszone. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der nicht überall die Erwartungen von Wohlstand und sozialer Sicherheit erfüllt.

Die oft nur mangelhafte Behandlung sozialer Themen hat diese Kritik übrigens stark befördert.

Noch mehr Schaden hat der europäischen Einigung  
eine - aus meiner Sicht - oft überzogene  
Deregulierungspolitik zugefügt.

Eine Politik, unter der auch die kommunalen Ebenen leiden.

Ich denke da insbesondere an die Auseinandersetzungen  
um die Dienstleistungsrichtlinie.

Mit gutem Grund setzen sich die deutschen Städte nach wie vor  
dafür ein, die Leistungen der Daseinsvorsorge vom  
Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen.  
Der vorliegende Entwurf sieht dies leider nur zum Teil vor.

Auch bei den Regelungen über die Vergaben – also Aufträge -  
von Kommunen unterhalb der Schwellenwerte der  
Ausschreibungspflicht zeichnen sich falsche Entwicklungen ab.

Werden hier Vorstellungen der EU-Kommission Realität, dann  
käme es zu einer weiteren Aushöhlung der kommunalen  
Selbstverwaltung und zu mehr Bürokratie.

Anrede

Unser nationales Wirtschaftsrecht hat zu 80% seinen Ursprung im Europarecht. Nahezu 50% aller Gesetzgebungsvorhaben in Deutschland werden durch gemeinschaftsrechtliche Vorgaben veranlasst.

Die EU trägt also eine hohe Verantwortung für die Regelungen, mit denen wir – auch auf der kommunalen Ebene umgehen müssen.

Ich wiederhole, gerade die überzogenen Wettbewerbsregeln, und eine manchmal sehr *marktradikale Rhetorik* Brüsseler Spitzenbeamter, haben der „europäischen Sache“ in den vergangenen Monaten geschadet.

Als überzeugte Befürworter der europäischen Integration sollten wir uns entschieden gegen Fehlentwicklungen der Europapolitik aussprechen.

Anrede

Laut einer offiziellen Umfrage der EU-Kommission sahen im letzten Jahr EU-weit nur rund 54 Prozent der Menschen Vorteile in der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Schlusslichter waren dabei übrigens Österreich und Finnland.  
Die Länder, die zuletzt die Ratspräsidentschaft innehatten.  
Dort glauben weniger als 40 % der Menschen, dass ihr Land  
Vorteile von der EU-Mitgliedschaft hat.

Deutschland lag bei dieser Umfrage knapp über dem EU-  
Mittelwert mit 57%.

Diesen Wert müssen wir steigern. Dazu sollten wir die  
Ratspräsidentschaft, aber auch die Zeit danach nutzen.

Die Städte sollten ihren Einfluss nutzen, die europäische Politik  
positiv zu beeinflussen.

Ich bin sicher: Lässt die Europäische Union den Städten mehr  
Handlungsspielraum, dann wächst auch auf der lokalen Ebene  
die Zustimmung zur europäischen Einigung.

Ich wünsche dem vierten Hannoveraner Europatag einen  
interessanten Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit